

1.

a.

Ich persönlich finde das skandalös. Die Landes- und Bundes-SPD spricht sich gegen die Kriminalisierung von Seenotrettung aus. Leider sind weder Innenministerium noch Verkehrsministerium, welche mit Verwaltungsakten die zivile Seenotrettung erschweren in der Hand der SPD.

b.

Ich selbst bin der Meinung, dass ein staatlich organisiertes Programm unsere Pflicht ist. Wie dieses ausgestaltet sein soll kann ich leider nicht genau sagen. Jedoch würde ich ein Programm wie Mare Nostrum einem Programm von Frontex bevorzugen, da so eine bessere Gerichtsbarkeit möglich ist. Auf Landesebene werde ich mich für Bundesratsinitiativen stark machen und innerparteilich dafür werben.

2.

a.

Ich unterstütze die Petition Baden-Württemberg zum sicheren Hafen erklären zu lassen und habe sie auch frühzeitig unterschrieben und beworben. Für diese Forderung möchte ich mich auch im Landtag von Baden-Württemberg einsetzen. Sollte die SPD in die Regierung kommen werde ich mich dafür einsetzen, dass die Landesregierung dieser Petition folgt. Über eine konkrete Beschlusslage der SPD Baden-Württemberg weiß ich leider nichts.

b.

Ich würde keine Koalition mit einer Partei eingehen, die solche Programme kategorisch ausschließt. Jedoch würde ich die Abwägung treffen, ob ein kleines Aufnahmeprogramm besser ist als kein Aufnahmeprogramm.

c.

Ich unterstütze die Klage und bin auch dafür, dass Baden-Württemberg, falls es juristisch möglich ist, sich dieser auch anschließt, sobald es selbst ein solches Aufnahmeprogramm eingeführt hat.

3.

a.

Kommunen dürfen durch ihre menschliche Haltung keine Nachteile entstehen. Deshalb muss das Land bei Infrastruktur für Unterkünfte und ähnliches unterstützen. Eine eigene Aufnahme halte ich für schwierig und unnötig, wenn es einen Beschluss von Baden-Württemberg als sicheren Hafen gibt. Dieser sollte dann auch die kommunalen Zusatzkapazitäten berücksichtigen.

b.

Ich werde sie voll und ganz unterstützen.

4.

a.

Durch gezielte Integrationsprogramme in die Gesellschaft sowie auf den Arbeitsmarkt um Teilhabe zu ermöglichen und zu fördern. Ein Integrationsministerium wie 2011-2016 unter Grün-Rot wäre hierfür denkbar.

b.

Ein erster Schritt wäre es, das Bleiberecht auszuweiten. Darüber hinaus müssen Abschiebungen während Corona ausgesetzt werden. Nach Corona muss geprüft werden, welche Möglichkeiten das Land hat, Abschiebungen zu verhindern.

c.

Leider kann ich hierzu keine Aussage machen, da ich mich mit dem Sachverhalt nicht gut genug auskenne. Dies sollte aber keine politische Frage, ob und wie Menschen über ihre Rechte informiert werden, sondern eine verwaltungstechnische sein, welche umgesetzt werden muss.

5.

a.

Diese Integrationsaufgaben müssen auf kommunaler Ebene stattfinden, da die Teilhabe lokal sehr unterschiedlich sein kann. Ich bin überzeugt, dass die aktuellen Probleme auf dem Wohnungsmarkt und in anderen Bereichen merklich angegangen werden müssen, um eine reibungslose Teilhabe zu ermöglichen. Bis dahin muss dies durch kommunale Programme ermöglicht werden. Hierbei könnte ein Landesintegrationsministerium unterstützen.

b.

Als SPD wollen wir zum Beispiel eine Ausbildungsgarantie in Baden-Württemberg einführen. Diese ist ein hilfreiches Instrument zur Integration in die Arbeitswelt. Die zuvor angesprochenen Probleme auf dem Wohnungsmarkt zu lösen ist ein weiterer Punkt. Wichtig ist, dass die Kommunen die sich zu sicheren Häfen erklärt und so Menschlichkeit gezeigt haben, dadurch kein Nachteil entsteht. Hier muss also auch ein finanzieller Ausgleich stattfinden.

6.

a.

Ich kenne mich leider nicht gut genug aus mit den juristischen Hintergründen eines solchen Einsatzes aus. Jedoch glaube ich, dass dieses Problem nicht auf Landesebene gelöst werden kann. Es gilt viel mehr, dass FRONTEX endlich die Menschenrechte einhält und die EU der Europäischen Menschenrechtskonvention EMRK beitrifft, damit der Klageweg gegen FRONTEX vereinfacht wird und so mehr demokratische Kontrolle dieser Behörde besteht.

7.

a.

Das Abschiebegefängnis basiert auf einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs, welches besagt, dass Geflüchtete nicht mit Strafgefangenen untergebracht werden dürfen. Das Gefängnis sehe ich daher auch nicht als das Problem, sondern die Abschiebungen und Bleibeperspektiven an sich.

b. Was schlagen Sie bzw. Ihre Partei vor, angesichts der Statistiken, wonach rund 50% der Personen in Abschiebungshaft rechtswidrig inhaftiert wurden, um rechtskonforme